

Die „Volksstimme“  
erscheint täglich mit Ausnahme  
der Tage nach Sonn- und  
Feiertagen.  
Verantwortlicher Redakteur:  
H. Baumüller, Magdeburg.  
Für den Inseratenteil sowie  
für die Rubrik „Zur Sozialfrage“  
verantwortlich:  
Carl Kantau, Magdeburg.  
Verlag von B. Harbaum,  
Magdeburg-Neustadt.  
Druck von L. Arnoldt,  
Magdeburg.  
Fernsprech-Anschluß  
Nr. 1567, Amt I.

# Volksstimme

Prämien- und zahlbarer  
Abonnementpreis:  
Bieteljährlich inkl. Frangolohn  
2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf.  
In der Expedition u. den Aus-  
gabestellen 2 Mk., monatlich 70 Pf.  
Bei den Postanstalten 2,50 Mk.  
inkl. Bestellgeld.  
Einzeln Nummern 5 Pf.  
Sonntags-Nummer 10 Pf.  
Zeilungsliste Nr. 7095.  
Inserationsgebühr 15 Pf.  
Arbeitsmarkt 10 Pf.  
für die gewöhnliche Zeile.

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Redaktion und Expedition: Magdeburg, Schmiedehoffstraße 5 u. 6. Motto: Die Wissenschaft und die Arbeiter  
Ferdinand Lassalle.

No. 89.

Magdeburg, Mittwoch, den 17. April 1895.

6. Jahrgang.

## Beschimpfungen des Offizierkorps.

Gegen den Reichstag, der dem Fürsten Bismarck die Huldigung versagte, sind seit Wochen von nationaler Seite Stinkbomben geschossen worden. Nachdem den Arranguren der Bismarckpötte die nationale Maske vom Gesicht gerissen, nachdem ihr heuchlerisches Treiben vor aller Welt — dank der Wachsamkeit der Opposition — darzulegen worden ist, haben sich die Nationalen zurückgezogen. Hin und wieder fallen noch einige Schüsse, im allgemeinen ist es auf der feuernden Linie ruhig geworden. Statt des erhofften Siegesbrauses hat eine erbärmliche Katerstimmung sich der Nationalen bemächtigt.

Während so auf nationaler Seite das Gesicht eingestrichelt ist, wird es aber von einer anderen Seite wieder eröffnet, und zwar gleichfalls gegen den Reichstag. Jetzt rückt das Militär an. Seine schriftstellerische Vertretung ist gleichfalls entrüthelt über den Reichstag, über denselben Reichstag, der erst jüngst Millionen über Millionen für Marine und Heer bewilligte — Undank ist der Welt Lohn. Ein altes aber nicht zu leugnendes Sprüchwort. Das unter Aufsicht der Militärverwaltung erscheinende Militär-Wochenblatt bespricht die Debatten über den Militäretat, wobei dem Verfasser folgende Sätze aus der Feder fließen:

„Das Offizierkorps und Unteroffizierkorps — welches letztere sich als ebenso zuverlässig und pflichttreu wie das erstere bisher erwiesen hat — werden der Hoheit, der Gemeinheit, ja sogar der Freigebigkeit angeschuldigt. Unwahrheiten und Verleumdungen sind den betreffenden Abgeordneten zu wiederholten Malen von der Vertretung des Heeres schlagend nachgewiesen worden. Das preussische Heer und andere deutsche Truppen sind schon öfter in der Lage gewesen, Beschimpfungen aller Art ohne Erwiderung hinzunehmen zu müssen. Das war 1848/49 des öfteren, besonders bei dem auf Befehl des Königs ausgeführten Auszug aus Berlin, der Fall. Damals gingen die Beschimpfungen vom Böbel aus, jetzt aber von Abgeordneten des deutschen Reichstages, in eben dem Parlament, welches ohne die Siege des durch dieses Offizierkorps geführten Volkheeres nicht bestehen würde.“

In diesen Sätzen, in denen sich namentlich am Schlusse wieder einmal der ganze Dünkel gewisser militärischer Kreise gegenüber dem nicht uniformierten gemeinen Volk der Steuerzahler offenbart, steckt eine ganze Reihe von Unwahrheiten. Es ist unwarhaft, daß im Reichstag jemals „das Offizierkorps und das Unteroffizierkorps“ der Hoheit, der Gemeinheit, ja sogar der Freigebigkeit angeschuldigt worden sei. Das ist keiner Partei, die Sozialdemokraten eingeschlossen, jemals auch nur im entferntesten in den Sinn gekommen.

Die im Reichstag geführten Klagen und Beschwerden haben sich immer nur auf einzelne Fälle, also auf Ausnahmen von der Regel bezogen, deren Zahl allerdings immer noch größer ist, als man wünschen muß. Die klageführenden Abgeordneten können sich bekanntlich auf Gewährsmänner berufen, vor denen eigentlich auch das „Militärwochenblatt“ und seine Artikelschreiber „stille stehen“ sollten, so auf den deutschen Kaiser, den Prinzen Georg von Sachsen, den früheren bayerischen Kriegsminister und andere hohe Militärs, deren gegen die Soldatenmishandlungen gerichtete Erlasse an die Öffentlichkeit gelangt sind.

Allerdings ist im Reichstage auch hier und da einmal eine Behauptung aufgestellt worden, die sich bei näherer Untersuchung durch die Militärbehörde als nicht zutreffend herausstellte, oder für die wenigstens die ausreichenden Beweise nicht erbracht werden konnten, aber die Zahl dieser Fälle ist recht gering, und niemand ist berechtigt, den betreffenden irreführenden Abgeordneten den guten Glauben abzuspüren. Es ist also vollständig unzulässig, hier von „Verleumdungen“ zu sprechen.

Auf einer noch höheren Stufe der Wahrhaftigkeit, als das Vorhergehende, steht die Behauptung, das preussische Heer und andere Truppen müßten im Reichstage „Beschimpfungen aller Art ohne Erwiderung hinzunehmen“. Von Beschimpfungen kann, wie gesagt, überhaupt nicht die Rede sein; wie außerordentlich kräftig aber die erhobenen Beschwerden erwidert worden sind, das weiß jeder, der das parlamentarische Auftreten namentlich des gegenwärtigen preussischen Kriegsministers auch nur ganz oberflächlich kennt. Den schweren Vorwurf, er lasse „Beschimpfungen“ des Heeres im Reichstag unerwidert, verdient Herr Bronsart von Schellendorf wirklich nicht.

Auf den Hinweis des Militärwochenblattes, daß ohne die Siege des Heeres der Reichstag überhaupt nicht bestehen würde, verlohnt es sich kaum, näher einzugehen. In den letzten Tagen haben die national Entrüsteten dem Reichstag die ganze Größe seiner Schande durch die Presse klar zu machen gesucht, ohne den Fürsten Bismarck hätten wir überhaupt keinen deutschen Reichstag; kein Wunder, daß auch ein rein militärischer Schriftsteller auf den nationalen Reim gegangen ist.

Der Artikelschreiber des Militärwochenblattes erreicht auf diese Weise seinen Zweck nicht. Im Gegenteil, der hochfahrende, schneidige Ton, in dem hier das Volk und die Volksvertretung angebetet wird, wird hoffentlich im Reichstage den kampflustigen Herren zu Gemüte geführt werden. Das Militärwochenblatt wird aus dem Gelde der Gemeinschaft der Steuerzahler erhalten und die dem Militarismus feindlich gegenüberstehenden Steuerzahler lassen sich so mir nichts dir nichts nicht verböhnen, am allerwenigsten aber diejenigen Abgeordneten, welche seit Jahr und Tag den Militarismus auf das Entschiedenste bekämpft haben. —

## Politische und volkswirtschaftl. Uebersicht.

**Auch die Nationalliberalen Badens rühren sich.** Die Badische nationalliberale Korrespondenz ist zu folgender Mitteilung ermächtigt: „Die Umsturzvorlage in der Gestalt, die ihr unter dem Einfluß des Centrums gegeben worden ist, bleibt für unsere Partei völlig unannehmbar. Die Parteileitung ist der Meinung, daß es sich empfiehlt, durch unzweideutige Kundgebungen im ganzen Land jede zweifelhafte Haltung der nationalliberalen Partei auszuschließen. Sie richtet an die Gesinnungsgenossen das Ersuchen, durch Versammlungen und Resolutionen dieser Meinung Ausdruck zu geben.“

Amerikanische Zeitungen enthalten eine für uns Deutsche wichtige Notiz. Darnach habe der Kaiser in Friedrichsruh mit dem Fürsten Bismarck konferiert und gesagt: Er werde den Reichstag auflösen und alsbald den Grafen von Waldersee zum Reichskanzler ernennen; er empfahl diesem, sich alsbald mit dem Fürsten Bismarck über die Grundzüge der künftigen Politik zu verständigen! — Nun ist zwar der Reichstag bisher nicht aufgelöst worden und vorläufig ist auch Fürst Hohenlohe noch Reichskanzler. Aber was nicht ist, kann werden. —

**Lehrerfreundlichkeit.** Die nationalliberale Stadtverwaltung in Leipzig plant eine Erhöhung der Stundenzahl für die Lehrer. 1891 unterrichteten dieselben 26 Stunden, später 28 Stunden und jetzt werden 30 Stunden geplant. Die Schularzte haben dieserhalb beschlossen, die Lehrer auf ihren Gesundheitszustand zu untersuchen. Es ist selbstverständlich, daß unsere in dem Stadtgemeinderat sitzenden Genossen gegen eine derartige Belastung der Lehrer stimmen werden. —

In ihrem **Charfreitagsartikel** schreibt die Germania: Katholizismus und Sozialismus werden die einzige geistige Richtung sein, die am Ende des großen Entscheidungskampfes sich gegenüberstehen. Mag sein: Aber der wissenschaftliche auf der Logik der Thatfachen sich stützende Sozialismus, diese wahrhaft „geistige Richtung“, wird den verknöcherten Dogmenglauben überwinden. —

**Die alte Zeit versinkt hinter uns,** eine Umwälzung vollzieht sich in unserem wirtschaftlichen Leben, das dieses von Grund auf umgestaltet wird, und dabei kann es nicht ohne Sturm und Drang abgehen. — So die Staatsbürgerzeitung, mit deren Ausführungen wir ausnahmsweis einverstanden sind. —

**Zum Duellblödsinn.** Zwischen dem Zeremonienmeister v. Roze und dem Kammerherrn Baron Reichschand fand ein Pistolenduell statt. Roze erhielt einen Schuß durch den Oberschenkel. Das sind die Folgen des vielbesprochenen Hoflatsches. Wenn v. Roze gesund, will er sich noch mit anderen Personen „schlagen.“ —

**Der Bund der Landwirte** scheint seine Zugkraft verloren zu haben. Nach Mitteilungen der Schlesischen Volkszeitung ist die Mitgliederzahl des Bundes von 180000 auf 140000 gefallen. —

Die Bössische Zeitung veröffentlicht den **Börsengesetzentwurf**, der 74 Paragraphen in 6 Abschnitten umfaßt. Der erste handelt allgemein über die Börse und deren Organe, der zweite betrifft das Maklerwesen und die Kursfeststellung, der dritte die Zulassung von Wertpapieren, der vierte den Terminhandel, der fünfte die Kommissionsgeschäfte und der sechste die Strafbestimmungen. Der vierte Teil enthält unter anderem folgenden Paragraphen: „Der Bundesrat ist befugt, den Börsen-Terminhandel in Waren oder Wertpapieren zu unterjagen oder von Bedingungen abhängig zu machen.“ In einem weiteren Paragraphen wird die Führung eines Registers derjenigen Personen, die sich an den Termingeschäften in Waren oder Wertpapieren beteiligen wollen, vorgeschrieben. Die Eintragungsgebühr in das Börsenregister beträgt nach dem Börsenreform-Entwurfe 300 Mark, für jedes nachfolgende Kalenderjahr 50 Mark. Im übrigen werden durch den Wortlaut des Entwurfs die vor mehreren Wochen von den Blättern gemachten Mitteilungen bestätigt. —

**Koloniales.** Die Regierung leitet mit der Neu-Guinea-Kompanie Verhandlungen ein betreffs Uebertragung der Landeshoheitsrechte, welche bislang die Gesellschaft ausgeübt hat, auf eigene Reichsbeamte. Seit dem Jahre 1886 hat die Gesellschaft nicht weniger als 10 Millionen Mark für Neu-Guinea und den Bismarckarchipel geopfert, ohne auch nur irgend eine Aussicht auf Verzinsung des Anlagekapitals in absehbarer Zeit zu erreichen. Die Neu-Guinea-Kompanie ist von Berliner Bankiers unter Führung v. Hansemanns gegründet worden, um dem Fürsten Bismarck und seiner Kolonialpolitik Genüge zu thun. —

## Ausland.

**Italien.** Nachdem der Staatsstreicher Crispi un-gefähr 350 000 Wähler gestrichen und 50 000 neu aufgenommen hat, kann die Auflösung der Kammer erfolgen und können die Neuwahlen ausgeschrieben werden. —

**Frankreich.** Ministerpräsident Ribot, der Mann der sozialpolitischen Phrase, hat der Deputation der autonomen Zündholzarbeiter — es streifen 1800 Arbeiter — nicht nochmals Audienz erteilt, sondern erklären lassen, daß er ihren Forderungen nur Gehör geben werde, wenn sie ihm von Parlamentärsmitgliedern vorgetragen würden. Die Arbeiter werden sich an die sozialistischen Abgeordneten Bavy und Jaures wenden. —

**Spanien.** Aus Anlaß des Charfreitags begnadigte die Königin-Regentin fünfzehn zum Tode verurteilte Verbrecher, wohlgeremt Verbrecher. —

— Einige Trupps von beschäftigungslosen Arbeitern durchziehen die Provinz Cabiz und begehen zahlreiche Diebstähle. So züchtet die Not das Verbrechen. Hoch die vielgepriesene göttliche Weltordnung. —

**England.** Im Jahre 1893 sind nach amtlicher Statistik 51 Personen in London **Hungers gestorben**, darunter 15 Frauen. Wer zählt die Hungers Gestorbenen in Deutschland? —

## Parteigenossen und Genossinnen!

Wenige Wochen trennen uns von der Wiederkehr des **1. Mai**. In allen Ländern rüstet, noch eifriger als in früheren Jahren, das klassenbewußte Proletariat zur Begehung des **Weltfeiertages der Arbeit**.

Die Arbeiterschaft Magdeburgs, die von jeher gewußt hat, die Maifeier würdig zu begehen, wird auch diesmal nicht zurückbleiben.

Parteigenossen; wir fordern Euch auf, Euren Eifer zu verdoppeln. Traget den Gedanken der Maifeier in jede Fabrik, in jede Werkstatt, nützt den Tag und jede Stunde und rüstet überall. —

## Zur Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen.

\* Die **Gastwirtsgehilfen** Berlins nahmen eine Resolution an, die gesetzliche Bestimmungen fordert, wonach die Arbeitszeit auf 15 Stunden einschließlich drei Ruhestunden „herabgesetzt“ werden soll. Der Referent erklärte, durch Erhebungen sei festgestellt, daß in Berlin nur 57 Prozent Kellner Lohn erhielten, 43 Prozent auf Trinkgelder angewiesen seien. —

\* In der **Giserei** Freiburg (Firma Roub u. Cie.) ist der zehnstündige Arbeitstag eingeführt worden und zwar bei gleichem Lohn wie für den elfstündigen. —

\* Die Unterhandlungen zwischen Vertretern der Fabrikanten und Arbeiter, welche die Solothurner Regierung zum friedlichen Ausgleich des **Uhrmacherstreiks** in Leberberg anbahnte, haben sich zerschlagen, noch ehe eine ernste Auseinandersetzung über die Friedensbedingungen stattfinden konnte, da die Fabrikanten die Vermittelung der Regierung entschieden ablehnten. Der Streik dauert also fort. —

\* In der **Färberei** des Paul Körndörfer in Reichenberg ist infolge schlechter Behandlung der Arbeiter durch den Werkmeister ein Streik ausgebrochen. —

\* In Budapest haben 150 Arbeiter der ersten ungarischen **Nähmaschinen- und Fahrradfabrik** die Arbeit eingestellt. Sie wurden zu diesem letzten Auskunftsmitel durch die in erschreckender Weise sich mehrenden horrenden Lohnabzüge gezwungen. —

## Tages-Chronik.

Magdeburg, 16. April 1895.

— Die **Sachfengänger** sind wieder in schöner Blüte. Vor dem waren in Polen 1600 Arbeiter „verladen“, die in die Provinz Sachsen dirigiert wurden. Weitere „Arbeiterzüge“ folgen. So kommen auch in diesem Jahre Tausende Arbeiter in unsere Gegend, welche in der unerschämtesten Weise die Löhne brücken und ihren Konsum auf das Notdürftigste beschränken. Mit den ordinärsten Speisen und Getränken ist diese Menschensklasse zufrieden, Bekleidungsgegenstände werden



fe ihn wohl zu nehmen wissen; es handelt sich nicht um ein Almosen, sondern um ein Recht.“ Der Antrag erlangte nur 91 Stimmen gegen 375.

Das bestehende Wahlrecht ist in Gefahr.

Die von der Volksstimme besprochene, gegen das allgemeine Wahlrecht gerichtete Rede des Grafen von Frankenberg macht umso mehr Aufsehen, als bekanntlich die freikonservative Post, wahrscheinlich auf Veranlassung des Herrn Grafen selbst, dazu die Erklärung abgegeben hat, die Rede sei im Auftrage der „Neuen Vereinigung“ im Herrenhause gehalten worden. Diese neue Vereinigung besteht bekanntlich aus den Freikonservativen und den Nationalliberalen und die Mitteilung der Post wird daher niemand überraschen. Da das Centrum neuerdings mit ganz besonderem Eifer über die Volksrechte wacht, so wird man begreifen, daß die Germania über diesen Vorstoß gegen das allgemeine Stimmrecht auch ganz besonders entrüstet ist. Sie bemerkt u. a.:

Jetzt weiß man es doch ganz bestimmt, und kein Mittelparteieller kann es mehr ableugnen, worauf es bei den nächsten Wahlen zum Reichstage ankommt. Mag als Wahlparole diese oder jene Frage ausgegeben oder künstlich vorgeschoben werden: in Wirklichkeit wird es sich bei der nächsten Reichstagswahl und noch weiter hinaus um die alle anderen Zeitfragen in den Hintergrund drängende Hauptfrage handeln: Das bestehende Reichstagswahlrecht ist in Gefahr! Ob das auf dem Wege des gewaltigen Verfassungsbrechens geschieht, wie Graf Mirbach empfohlen hat, oder auf dem Wege einer „politischen Aktion“, welche eine der Abschaffung des Reichstagswahlrechts geneigte Kartellmehrheit in einem neuwählenden Reichstage auf „verfassungsmäßigem“ Wege herbeiführt, kommt auf dasselbe Ziel hinaus. Die Wege sind nur verschieden, der Zweck ist derselbe. Graf Mirbach will geradewegs und kurzer Hand auf das Ziel losgehen, Graf Frankenberg auf Umwegen. Beiden gebührt in gleicher Weise das Verdienst, auf die Gefahr hingewiesen zu haben, die dem Reichstagswahlrecht droht. Man wird diese Gefahr nun nicht mehr außer acht lassen dürfen, und namentlich zur Zeit neuer Reichstagswahlen mit allem Nachdruck darauf hinweisen müssen.

Hierzu bemerkt die Frankfurter Zeitung: Wir ziehen natürlich den Hut ab vor dieser edlen Entrüstung des Centrumsblattes, aber es will uns doch scheinen, daß dieselbe dem ultramontanen Organ einigermaßen seltsam zu Gesicht steht in einem Augenblicke, da das Centrum sich anständig, Volksrechte zu meucheln, die kaum minder wichtig sind, als das allgemeine Stimmrecht, weil ohne dieselben das allgemeine Stimmrecht eine bedenkliche Ähnlichkeit mit einer tauben Mause bekommt. Gewiß, das Volk wird mit den mittelparteilichen „Volksfreunden“, die ihm das allgemeine Stimmrecht nehmen wollen, Abrechnung halten, wenn die Zeit dazu kommt, aber es wird darüber schwerlich vergessen, was ihm die Parteifreunde des Centrums anzuthun sich vermessen.

Partei-Nachrichten.

Die Leipziger Genossen versammelten sich am 1. Mai 10 Uhr in einem Lokale in Südwest, woselbst Konzert, Gesang geboten und um 12 Uhr die Feste gehalten wird. Hier verweilen die Genossen bis gegen Abend, um dann in 26 Versammlungen für den Achtstundentag zu demonstrieren. — Soweit bis jetzt die Waisel-Programme bekannt geworden sind, werden in allen größeren Städten vormittags Versammlungen abgehalten, nachmittags sind Konzerte arrangiert, denen sich abends weitere Versammlungen anschließen.

Der Reichstagsabgeordnete Genosse Stadhagen hat das Hamburger Gefängnis, woselbst er längere Zeit wegen Beleidigung inhaftiert war, verlassen und befindet sich wieder in Berlin. Stadhagen wird seine Thätigkeit am Vorwärts wieder aufnehmen, da am 18. d. M. der Redakteur Bösch eine sechsmonatliche Gefängnisstrafe wegen Preßvergehens antritt.

Gefangenen, Verfolgungen etc.

Aufgelöst. Eine am 12. d. M. in Dortmund abgehaltene Versammlung der Maler- und Anstreicher-Gehilfen, welche sich mit der Wohnfrage beschäftigte, wurde politisch aufgelöst. Als der Vorsitzende wegen Aufzureden zum Ausstand verhaftet wurde, entstand großer Tumult, so daß noch eine weitere Verhaftung erfolgen mußte.

Neueste Nachrichten.

Braunschweig. Die Bauarbeiter und die Barbiergehilfen bereiten eine Lohnbewegung vor. Vor Zuzug wird gewarnt.

Eine Nachricht. Die Nationalliberalen haben für die Stichwahl Wahlenthaltung proklamiert — nach außen. In Wirklichkeit werden die Nationalliberalen für den Kandidaten der Bauernbündler eintreten, um den verhassten Mittelparteiler zu fügen.

Siehe den 13. April machte eine Frau, Mutter von 5 unerwachsenen Kindern, ihrem Leben, in Abwesenheit ihres Mannes, durch Erhängen ein Ende. Mord zu Zeit unbekannt.

Zweite ordentliche Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

B. Magdeburg, den 15. April.

Der Saal „Friedrichsplatz“ ist festlich geschmückt; überall erblickt man Sinnenbilder und Plakate oder Bilder bewährter Vorkämpfer des Proletariats. Anwesend sind ca. 64 Delegierte aus allen Gauen Deutschlands. Den übrigen Raum des Saales haben Freunde der Arbeiterbewegung gefüllt.

Um 1/4 Uhr begrüßt im Namen der organisierten Arbeiter Magdeburgs Kollege Krause die Delegierten mit einer kurzen Ansprache. Dann eröffnet Pfeiffer-Stuttgart die Verhandlungen mit dem Wunsche, die zu pflegenden Diskussionen und zu fassenden Beschlüssen mögen, gleich denen der vorausgegangenen Versammlung, zum Nutzen der Organisation sein. Nach Konstituierung des Bureaus leitet Enßener als Vorsitzender die Verhandlungen und werden dann eine Wahlprüfungs- und Geschäftsordnungskommission gewählt, die in nächster Sitzung Bericht zu erstatten haben. Alsdann wird folgende Tagesordnung festgesetzt: 1. Bericht des Vorstandes und des Ausschusses; 2. Uebertritt des Gold- und Silberarbeiter-Verbandes; 3. Die Stellung zur Gewerkschaftskommission; 4. Beratungen betr. Verbandsorgan; 5. Statutenberatung; 6. Bestimmung des Verbandsitzes; 7. Wahl der Beamten; 8. Sonstige Anträge.

In der heutigen Sitzung wird nur der Bericht des Vorstandes entgegengenommen, der ca. zwei Stunden in Anspruch nahm und von Schlichte-Stuttgart erstattet wird. Referent führte im wesentlichen folgendes aus: Mit Bestriedigung kann konstatiert werden, daß die Gewerkschaftsorganisation in Deutschland Fortschritte gemacht hat. Von seiten des Metallarbeiter-Verbandes wurden in den ab-

gelaufenen 2 Jahren errichtet 147, eingegangen in derselben Zeit 73, so daß unter Hinzurechnung der nach dem Bericht an die erste Generalversammlung vorhandenen 318 Verwaltungsstellen zur Zeit 392 Verwaltungen einschließlich der vom Vorstand ernannten Bevollmächtigten in Sachsen, die als selbständige Verwaltungen nicht gelten, bestehen und rund 33 500 Mitglieder zählen. Polizeilich aufgelöst wurde direkt keine Verwaltungsstelle, jedoch machte die Königl. Polizeidirektion in München der dortigen allgemeinen Verwaltung die Weiterexistenz unmöglich. Der Vorstand hat infolgedessen für München einen Bevollmächtigten ernannt. Auch sind noch anderweitige polizeiliche Belästigungen zu verzeichnen. Der Vorstand erledigte seine Geschäfte in 96 Sitzungen; außerdem fanden Sitzungen zweier nach § 13 Abs. 6 mit Vertretern des Ausschusses gebildeten gemeinschaftlichen Kollegien statt. Inbetriff des Personenwechsels ist zu berichten, daß die Beisitzer Milberg und Stadelmeier zurückgetreten und der Beisitzer Güttele gestorben sind. An deren Stelle wurden gewählt die Kollegen Karl Stirn, Jakob Haug und Wilhelm Conrad. Nachdem Referent näher auf die Unterschlagungen des früheren Vorstandsmitglieds Junge, der jetzt gerichtlich belangt wird, eingegangen war, besprach er die Thätigkeit des jetzigen Vorstandes. Als Beweis, daß der Verkehr auf dem Verbandsbureau zugenommen hat, gab er folgende Angaben:

Es gingen in der Zeit vom 1. März 1893 bis 31. März 1895 ein: 7369 Postkarten, 14 124 Briefe, 154 Einschreibungen, 4534 Postanweisungen, 848 Drucksachen, 667 Pakete und 123 Telegramme, zusammen 27 820; in der gleichen Zeit gingen aus 3734 Postkarten, 7298 Briefe, 121 Einschreibungen, 725 Postanweisungen, 33 224 Drucksachen, 1402 Pakete und 83 Telegramme, zusammen 46 587 Postsendungen. Laut Bericht an die vorige Generalversammlung betrug die Gesamtzahl der Eingänge 15 638, der Ausgänge 21 320. Dann führte er weiter aus: Der Vorstand hatte 5000 Protokolle der Altenburger Generalversammlung anfertigen lassen, deren Herstellungs- und Expeditionskosten mehr als die erzielten Einnahmen betragen. Was die Agitation anbetrifft, konnten seitens des Vorstandes keine größeren Agitationstouren in Angriff genommen werden. Eine einzige Ausnahme wurde im Juni 1894 gemacht, wo auf Wunsch verschiedener Verwaltungsstellen des südblichen Württemberg, Baden und des südöstlichen Elsaß, der erste Vorsitzende Junge eine Agitationstour von zehn Tagen durch die Orte Ulm, Ravensburg, Konstanz, Mühlhausen i. G., Freiburg i. B., Straßburg, Triberg, Furtwangen und Schramberg machte. Weitere Agitationstouren wurden veranstaltet vom 5.—16. August 1893 von Kollege Magnus Haack in Dresden, der in Dessau, Magdeburg-Sudenburg, Magdeburg, Halle, Duedlinburg, Thale und Bernburg, in öffentlichen Metallarbeiter- und in Schönebeck in einer allgemeinen Gewerkschaftsversammlung referierte. Weiter auf dieser Tour projektierte Versammlungen in Fernersleben, Sangerhausen und Halberstadt konnten nicht stattfinden, weil teils kein Lokal, teils keine Teilnehmer und teils auch keine Beteiligung der Polizeibehörde am Plage waren.

Einem schon vor der Altenburger Generalversammlung an den Vorstand gerichteten Wunsche, dem Kollegen Segitz in Fürth eine Agitationstour zu übertragen, konnte der Vorstand weder im Jahre 1893 noch 94 entsprechen, weil Segitz von seinem Geschäft als Redakteur der Fränkischen Tagespost nicht abkommen konnte. Die nächste sich bietende Gelegenheit benützend, wurde im November 1893 der Kollege Mohrlack-Düsseldorf gelegentlich seiner Ueberfiedelung nach Berlin mit der Abhaltung von Versammlungen in Grefeld, Dortmund, Köln, Kalk, Barmen, Wald, Solingen, Fierlohn, Bochum, Essen, Mühlheim a. Ruhr, Rade v. Wald, Bielefeld, Herford, Osnabrück, Hannover, Linden, Celle und Uelzen beauftragt.

Zu gleicher Zeit bereiste der Kollege Bolderauer in Karlsruhe die Orte Annweiler, Landau, Speyer, Ludwigshafen, Weinheim, Worms, Darmstadt, Wschaffenburg, Hanau, Offenbach, Frankfurt a. M., Oberrad, Höchst, Mainz, Sieben, Kassel, Hann. Münden, Mühlhausen i. Th., Eisenach, Erfurt, Arnstadt, Jächtershausen, Koburg, Sonneberg und Bamberg.

Der Erfolg dieser Touren war im großen und ganzen zufriedenstellend. Weitere Agitationstouren wurden im Auftrage des Vorstandes unternommen von Kollege Emil Niemann, durch Sachsen und einen Teil Thüringens im März 1894, durch den vom Streik bei der Firma Meyer in Frankfurt a. M. arbeitslosen Kollegen Joh. Beckmann durch das Rheinland und auf der Hinreise nach dort in einigen Orten in Baden und der Pfalz, im Juli und August 1894, durch Kollege Mohrlack in Berlin zu gleicher Zeit durch die östlichen Provinzen, durch Kollege Weismann-Nürnberg in Süddeutschland, durch Kollege Genfirtz durch Mitteldeutschland, durch Kollege H. Schlichte in Dortmund, in einigen Orten Westphalens, Hannovers und Braunschweigs und durch Kollege Hugo Gärtner in der Provinz Sachsen.

Die Erfahrung hat gezeigt, daß selbst bei voller Berücksichtigung aller für einen guten Besuch einer Versammlung in Betracht kommenden Momente, dieser nicht stattfindet. Es spricht eben gerade an kleineren Orten verschiedenes mit, was man vorher nicht berechnen kann. Die gegnerischen Arbeiter-Bereine, die Polizei, die Unternehmer und die Unzuverlässigkeit der Saal- und Lokalbesitzer, können noch in letzter Stunde eine Versammlung unmöglich machen. Es empfiehlt sich auf Grund der gemachten Erfahrungen von Agitationstouren von allzu großer Dauer Abstand zu nehmen und diese höchstens auf 14 Tage bis 3 Wochen auszudehnen. Die Absicht, durch Errichtung bestimmter Agitationsbezirke eine Regelung der Agitation herbeizuführen, scheiterte, weil es an den nötigen Kräften hierzu fehlte.

Auch ist durch Verbreitung von Flugchriften nach Kräften agitiert worden. So wurde z. B. ein allger. ein gehaltenes Flugblatt: „An die Metallarbeiter aller Branchen“, in einer Auflage von 105 000 Stück versandt. Die Auf-

wendung für Agitation beträgt im Berichtsjahre 9800 M. Von den Bestimmungen des § 3 Abs. 6a muß leider sehr häufig durch die Ortsverwaltungen selbst Gebrauch gemacht werden, da einzelne Mitglieder gar zu weit mit ihren Leistungen an den Verband zurückbleiben. Rechnet man im Jahre 1892 die durchschnittliche Zahl der männlichen Mitglieder auf 24 422, so zahlten diese zusammen Mark 138 885 05 an Beiträgen, mithin jedes einzelne Mitglied Mark 5.69 = 38 Wochen; im Jahre 1894 bei einer Durchschnittszahl der männlichen Mitglieder von 30 698 zahlten diese Mark 180 804 45, also jedes einzelne Mitglied Mark 5.89 = 39 Wochen, so daß der Rest im Jahre 1892 rund 14 und 1894 rund 13 Wochen beträgt, was 1892 Mark 51 286.20, 1894 Mark 59 874.60, also zusammen für diese beiden Jahre Mark 111 160.80 beträgt, mit denen der Verband wohl mehr leisten könnte als bisher und bei deren Eingang es niemand einfallen würde, den Mitgliedern mit höheren Beiträgen zu kommen. Leider verfügt der Verband nicht über diese Summen, sondern muß es sich gefallen lassen, wenn er von jedem Mitglied durchschnittlich nur für 3/4 Jahre Beiträge im Jahre erhält. Es ließe sich aber immerhin doch etwas mehr erzielen, wenn einzelne Verwaltungen ihre Mitglieder etwas pünktlicher zum Bezahlen erziehen würden. Eine Zusammenstellung der Beteiligung der einzelnen Vereine an der Reisegehelderhebung hat bis zur heutigen Generalversammlung für das Jahr 1894 nicht beendet werden können, ist aber in Angriff genommen.

Unterstützungen nach § 2c wurden in der abgelassenen Geschäftszeit unter Hinzunahme der ersten drei Monate im Jahre 1893 im ganzen in 492 Fällen mit zusammen Mk. 12 000 40 bewilligt. Diese Unterstützungen sind durchweg an Verheiratete oder solche ledige Mitglieder, die durch irgendwelche Verhältnisse an die Scholle gebunden waren, bewilligt worden.

Rechtsschutzgesuche wurden in der verfloffenen Geschäftsperiode im ganzen 112 erledigt und zwar 54 Strafsachen und 58 Privatklagen. Die Strafsachen rührten ausschließlich aus der Verbandsthätigkeit, was Referent eingehend nachwies. Im ganzen wurden in den vom Verband geführten Strafprozessen verhängt 14 Monate, 15 Wochen und 85 Tage Gefängnis (Haft) und Mk. 245.— Geldstrafe. Die Zahl der Strafsachen ist gegen früher gestiegen, was einerseits seinen Grund darin hat, daß mehr und größere Streiks in der abgelassenen Geschäftszeit stattgefunden haben, andernfalls aber machte sich eine strengere Anwendung der vereins- und strafgesetzlichen Bestimmungen, als auch eine besondere Interpretation dieser Gesetze durch die Behörden bemerkbar, namentlich in Sachsen.

Streiks brachen aus in 33 Orten; an denselben waren 1533 Arbeiter beteiligt. Von denselben waren 15 erfolglos, 15 mit Erfolg, von einem ist das Resultat unbekannt und bei zwei noch nicht entschieden (Hlenzburg und Nürnberg).

Auf einen durch die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands erlassenen Aufruf des deutschen Holzarbeiter-Verbandes, das Eingehen eines Kartellvertrages mit demselben betreffend, glaubte der Vorstand nicht eingehen zu dürfen, weil das geplante Kartellverhältnis ihm nicht weit genug ging. Es bezweckte nur die Regelung des Uebertritts der Mitglieder des einen in den anderen Verband bei irgend welchem Berufswechsel, ohne den Mitgliedern irgend welche schon in der einen Organisation erworbenen Rechte auch in der anderen zu sichern.

Was die Förderung und Befestigung der internationalen Beziehungen betrifft, so kann mit Genugthuung konstatiert werden, daß auch darin Fortschritte gemacht wurden, namentlich ist das Verhältnis zu unserer österreichischen Bruder-Vereinigung ein innigeres geworden. Das internationale Schmerzenskind, die Wanderunterstützung, die ja ebenfalls einer Regelung bedarf, wird allerdings nicht gerade gut dabei wegkommen, da nach den ziemlich übereinstimmenden Statuten es künftighin möglich sein wird, die Touren des einen Landes in andern weiter aufzurechnen, so daß die Strecken auch über die Grenzen fortlaufend zu berechnen sind, was früher nicht der Fall war.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands richtete an den Vorstand ebenso wie an alle anderen Zentralvorstände unter anderem auch im vorigen Herbst die persönliche Anfrage, wie sich der Vorstand zu der eventuellen Erweiterung der Beratungsgegenstände eines etwa einzuberufenden Gewerkschaftskongresses stellte und zwar sollte die Erweiterung der Tagesordnung dieses Gewerkschaftskongresses darin bestehen, daß er sich mit der Sozial- und Vereinsgesetzgebung beschäftigte. Der Vorstand konnte sich mit diesem Plane nicht befrenden, weil nach Zusammensetzung des Gewerkschaftskongresses in der Behandlung derartig politischer Fragen nach den bestehenden Vereinsgesetzen für die auf ihm zu vertretenen Vereine eine schwere Gefahr zu erblicken war. Dies gab der Vertreter der Generalkommission auch zu und glaubte, daß durch etwaige behördliche Maßregelungen der Gewerkschaften die Sympathie der Bevölkerung nur um so größer und die Zahl der Anhänger der Gewerkschaftsbewegung bedeutend zunehmen würde.

Der Vorstand konnte sich trotz dieser „wahrscheinlichen Aussichten“ nicht dazu entschließen, alles auf eine Karte zu setzen, um die immerhin in ihrem Bestande sehr zweifelhafte „Sympathie der Bevölkerung“ für die Gewerkschaftsbewegung zu gewinnen und versagte der Generalkommission seine Zustimmung und erklärte, daß falls trotzdem auf diesem Plane bestanden werden sollte, er sich verpflichtet fühle, eine öffentliche Diskussion über diese Frage herbeizuführen und den Metallarbeitern ein Fernbleiben von dem Kongresse zu empfehlen.

Das weitere Verhältnis zu der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften hat sich seit der letzten Generalversammlung insofern nicht gebessert, als zunächst die Ehrenschuld bedeutend angewachsen, weiter aber die Aussichten, dieselben zu zahlen, ziemlich geringe sind. Die Generalversammlung in Altenburg hat zwar beschlossen, die Quartalsbeiträge zu zahlen und zwar mit rückwirkender

Kraft vom 2. Quartal 1892 an. Der Vorstand war bis jetzt noch nicht in der Lage, dem nachzukommen, und wird es, so lange eine Besserung in der Zahlung der Beiträge nicht eintritt, nie werden.

Referent schloß mit den Worten: Wenn die letzte Generalversammlung mit dem erfreulichen Hinweis auf ihre auf den Ausbau des Verbandes zur Kampforganisation gerichteten Arbeiten geschlossen werden konnte, so mag Ihnen unser Bericht ein Beweis für das Bestreben, in diesem Sinne zu wirken, sein.

Nach Erledigung des Berichtes beschließt die Versammlung die Vertagung der Verhandlungen auf Dienstag früh 8 Uhr. Der Vorsitzende verliest darauf folgende Glückwunschtelegramme: „Glück auf zu Euren Verhandlungen, wirkt im Interesse des internationalen Proletariats.“

Abends fand großer Kommerz mit Konzert und Ball statt. Der Zudrang war ein sehr gewaltiger. Viele Festteilnehmer mußten wieder umkehren.

B. Magdeburg, den 16. April (vormittags). (Einkäufer Bericht.)

Um 8 Uhr werden die Verhandlungen eröffnet. Gelesen werden Glückwunschtelegramme aus Plauen und Worms. Hauptkassierer Berner erstattet den, unseren Lesern schon bekannten, Kassenericht.

Briefkasten.

\* D. Sch. Wird besorgt. M. 1. Die Frage einer leichten Sommerkleidung für die Post-Unterbeamten wurde jüngst von der königlichen Volkszeitung eingehend besprochen.

Die Frage einer leichten Sommerkleidung für die Post-Unterbeamten wurde jüngst von der königlichen Volkszeitung eingehend besprochen.

Die Frage einer leichten Sommerkleidung für die Post-Unterbeamten wurde jüngst von der königlichen Volkszeitung eingehend besprochen.

Die Frage einer leichten Sommerkleidung für die Post-Unterbeamten wurde jüngst von der königlichen Volkszeitung eingehend besprochen.

Die Frage einer leichten Sommerkleidung für die Post-Unterbeamten wurde jüngst von der königlichen Volkszeitung eingehend besprochen.

W. H. Wir verstehen, daß Sie sich über die Laune Ihrer Arbeitskollegen aufregen und Ihre Bemühungen, dieselben zu einem Wohlwollen auf die Volksstimme zu veranlassen, nur teilweise mit Erfolg gekrönt ist.

Stammisch f. Die beste Finanzquelle der dänischen Genossen ist der Sozialdemokrat, der täglich in 25 000 Exemplaren erscheint.

„Freund des Volkes.“ Auch wir finden es naiv, wenn die Magdeburgerische Zeitung behauptet, die Verzichtleistung der sozialdemokratischen Fraktion auf Vertretung im Reichstag sei auf eine Entschädigung gegenüber den Wählern im Lande hinausgekommen.

P. M. in R. Im Altenburger Landtag sah bislang ein Genosse; jetzt hat unsere Partei zwei neue Siege erobert und zwar in zwei ländlichen Wahlkreisen.

Ev. Geistl. Ihr Schreiben kritisiert den Artikel „Ostern“ äußerst sachlich; das ist aber auch alles, was wir anerkennen.

L. Die Einweihung des neuen Reichsgerichtesgebäudes findet im Monat Oktober d. J. statt. Vorausichtlich wird bereits Mitte September im neuen Gebäude Recht gesprochen.

Briefkasten der Expedition. Verband der Konditoren. Senden Sie Ihre Besammlungsanzeige bitte etwas früher ein.

Der Osterfeiertage wegen erscheint der Landbote morgen. Die Expedition.

Oeffentliche Versammlung

sämtlicher in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

am Mittwoch, den 17. April, abends 8 Uhr, in „Friedrichsplatz“.

Tages-Ordnung:

Der Druck der Reaktion u. die Organisation der Arbeiter.

Referent: A. Schlicke - Stuttgart.

Der Einberufer.

Cigarren Carl Beckurs Magdeburg-Sudenburg, Breitenweg No. 30a. Empfehle meine seit kurzer Zeit sehr gut eingeführten Marken als z. B.: Lola, 100 St. 2.50 Ariadne, 2.50 Velocipedes, 3.50 FL. de Este, 4.50 Pionier, 4.50 Transito, 5.00 Ag. de Oro, 5.00

Möbel-Ausverkauf. Billig, wegen Geschäftsaufgabe, nachbaum, Holz, Metall, Spiegel u. Porzellanwaren. Fr. Schmidt, Tischlermeister, Sudenburg, Schönebekerstr. 16.

Nur für Wiederverkäufer! Cigarrenspitzen, Cigarettenspitzen in allen Holzarten, Meerschaum, Bernstein, Holzspitzen jeder Art, kurze, halblange und lange Pfeifen, sowie alle anderen Rauchrequisiten liefert billigst

Gustav Klein jr. Heilbronn a. N.

Zum Schulanfang empfehle meine gedruckte Schulbücher und Schreibhefte, sowie Mappen und Federkasten in großer Auswahl zu billigen Preisen.

R. Gehrmann, Buch- u. Papierhandlung, Wittgenstraße 22.

Schulmappen und Taschen, meist gerahmt, billig. W. Todtenhoff, Sattlermeister, Johannesfahrstraße 2, gegenüber dem Wilhelm-Theater.

Die Hilfe christlich-soziales Wochenblatt herausgegeben von Max Baer, Frankfurt a. M. ist an allen Orten Agenten.

Bro. Bro. Bro. Schneidmeyer's Brot bei Hermann's Bäckerei ist jetzt in Bäckerei von

Theodor Schmidt Sudenburg, Schönebekerstraße 17 18.

Meine Wohnung befindet sich Sudenburgerstr. 7 l. 133

Frau Grüning, Schamne.

Zahnarzt Matz ist bereit bis 16. April.

Homöopathie! Eine langjährige Erfahrung und 64jährige Thätigkeit bei dem in ganz Deutschland rühmlich bekannten Dr. med. Volbeding, Homöopath in Düsseldorf, setzen mich in den Stand, schon vieler Kranken Heilung zu verschaffen, die von den sie vorher behandelnden Ärzten als hoffnungslos betrachtet wurden.

Zum Schulanfang empfehle mein reichhaltiges Lager von Schulbedarfs-Artikeln und bitte bei Einkauf derselben sich meiner gütigst zu erinnern. Otto Hermann, Buchbinderei und Papierhandlung Alte Neustadt, Moldenstraße 31.

Quittung. Für Parteizwecke gingen ein: Schußüberzug 1 M. Durch Sch. v. S. 3 M. Konf. Schulse bei Gerhart 1 M. Freiwurf von A. R. bei Wmann 1.40 M. Für gependetes Bier im Weißen Hirs 1.95 M. Der Vertrauensmann.

Am 1. Osterfeiertag, nachmittags 6 Uhr, fand nach langem Krankenlager mein herzenguter Mann, unser lieber Vater, Bruder und Schwager, der Schlosser Otto Eichholtz 64l im 44. Lebensjahre. Neustadt, den 14. April 1895. Die trauernden Hinterbliebenen.

Standesamt. Magdeburg, den 13. April. Aufgebote: Eisenbrecher Ernst Rich. Preuzel in Ritzdorf mit Marie Entlas in Berlin. Gärtner Robert Otto Veder mit Anna Martha Böjer in Bernburg.

Geburten: Otto, S. des Posthilfsboten Otto Berte. Kurt, S. des Lehrers Georg Baumann. Elise, T. des Tischlers Gustav Platz. Elvira, T. des Kaufmanns Friedrich Kanne. Kurt, S. des Buchhändlers Friedrich Gerstberg. Alfred, S. des Eyboldmüllers Paul Straßmühl.

Todesfälle: Lucie, T. des Ratters Hermann Stollberg, 2 M. 9 T.

Spielplan des Stadttheaters zu Magdeburg. Dienstag: Aus Berlin W. (Das Schloß). Mittwoch: Benes, Elisabeth Grubmann-Röbiger. Neu einstudiert. Der Tempel und die Jüdin. Große Oper.

Freitag: Aus Berlin W. (Das Schloß). Sonnabend: Benes, Julius Wiebe. Rata l. Male: Ambrosius. Schauspiel.

Bellische. Mittwoch: Köhler mit Schweinefleisch. Donnerstag: Köhler mit Rippenspeck.

S. des Schneiders Christian Schmidt 3 M. 11 T. Frieda, T. des Arbeiters Albert Benzel, 2 J. 11 M. 3 T. Minna, unehelich, 11 M. Martha, T. des Schneiders Wilhelm Rütermann, 2 J. 7 M. 11 T. Ferdinand Schieberling, Schuhmacher, 29 J. Friedrich Bunge, pensionierter Postkassier, 62 J. 5 M. 21 T.

Sudenburg, den 13. April. Eheschließungen: Arb. Heinrich Gottfried Hermann Köhr mit Auguste Wilhelmine Anna Hippel hier. Straßenbahn-Arbeiter Heinrich Karl Wilhelm Wustkau hier mit Elisabeth Friederike Vina Linder in Halle.

Geburten: Minna, T. des Arbeiters August Wille Hedwig, T. des Schlossers Ernst Wählbusch. Gertrud, T. des Material. Otto Jordan. Wilhelm Hermann, uneh. geb. Korimann, 89 J. 11 M. 26 T. Witwe Rumbh, Auguste geb. Hahn, 85 J. 8 M. 18 T. Witwe Seger, Auguste geb. Bartels, 72 J. 9 M. 12 T. Helene, T. des Chemikers Otto Jäger, 6 J. 5 M. 7 T. Totgeburt: Ein Sohn des Tischlermeisters Wilh. Müller.

Buchau, den 13. April 1895. Aufgebote: Schmied Josef Meck mit Agathe Antonie Gleds, beide von hier. Compotier Max Joh. Albert Franz Schüge mit Wilhelmine Bahndick von hier.

Eheschließungen: Tischler Pbil. Adolf Otto Leonhard mit Emilie Wilhelmine Anna Luise Friederike Krüger. Kaufmann Heinrich Pöhlner mit Elisabeth Auguste Katharine Blume. Schuhmacher Karl Wilhelm Meißner mit Sophie Friederike Hartwig, säkularisch von hier.

Geburten: Wally, T. des Herrtenkleidermachers Richard Köhler. Luise, T. des Malers Paul Hoffe.

Todesfälle: Lucie, T. des Ratters Hermann Stollberg, 2 M. 9 T.

Zum Schulanfang empfehle mein großes Lager selbstgearbeiteter, dauerhafter Schulmappen für Knaben und Mädchen und bitte bei Bedarf sich meiner zu erinnern. Eduard Schenk, Sattlermeister, Reuhaldenslebenstraße 1.

Otto Heyer Feldstraße Nr. 59 Buchau Feldstraße Nr. 59 empfiehlt zum Schulanfang Mappen und Schultaschen für Knaben und Mädchen zu den billigsten Preisen. Schulbücher für Bürger- u. Volksschulen in deutscher Sprache. Schreib- und Zeichenmaterialien.